F U N K
I N G E N I E U R B Ü R O

Gemeinde Schemmerhofen
Gemarkung Alberweiler
Kreis Biberach

Vorhabenbezogener Bebauungsplan **„Bioenergie Erlenghau“**

Begründung zum Bebauungsplan
Umweltbericht zum Bebauungsplan
Begründung zu den örtlichen Bauvorschriften

Aufgestellt: RF/R
Riedlingen, den 28.08.2013

F U N K
I N G E N I E U R B Ü R O

Konrad-Manop-Str. 25, 88499 Riedlingen
Telefon: 07371 / 1800-0 – Fax: 1800-10

Inhaltsverzeichnis:

A.) Begründung zum Bebauungsplan	3
1. Erfordernis der Planung	3
2. Ziel und Zweck der Planung	3
3. Planungskonzept	4
3.1 Vorhandene Anlage	4
3.2 Plankonzept für die geplante Erweiterung 2013	4
3.3 Plankonzept für die gesamte zulässige Anlage	5
4. Vorbereitende Bauleitplanung	6
5. Plangebiet	6
6. Bodenordnung	7
7. Umweltprüfung	7
8. Erschließung	7
8.1 Verkehrliche Erschließung	7
8.2 Ver- und Entsorgung	7
9. Kosten, Durchführungsvertrag	8
B.) Umweltbericht	9
1. Einleitung	9
1.1 Kurzdarstellung der Ziele und Inhalte des Bebauungsplanes	9
1.2 Umweltschutzziele aus Fachgesetzen und Fachplanungen	9
2. Bestandsaufnahmen, Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkung, einschl. Prognose bei Durchführung der Planung	10
3. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung	16
4. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich, bezogen auf die verschiedenen Schutzgüter	17
5. Anderweitige Planungsmöglichkeiten	18
6. Zusätzliche Angaben	20
6.1 Beschreibung der Methodik und Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben ..	20
6.2 Beschreibung der Überwachungsmaßnahmen	20
7. Zusammenfassung	21
C.) Begründung zu den örtlichen Bauvorschriften	22

Anlage 1 zum Umweltbericht: Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Anlage 2 zum Umweltbericht: Eingriffs-/Ausgleichsbilanz - Eingriffsregelung nach § 1a BauGB mit Lageplan der Ersatzmaßnahme

Anlage 3 zum Umweltbericht: Standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG

Anlage 4 zum Umweltbericht: Übersichtslageplan der Produktionsflächen; 1. Bauabschnitt

A.) Begründung zum Bebauungsplan

1. Erfordernis der Planung

Zur Nutzung der Abwärme eines Blockheizkraftwerkes soll im Bereich einer vorhandenen „privilegierten“ Biogasanlage und eines vorhandenen „privilegierten“ Bullenstalles nordwestlich von Alberweiler eine Anlage zur Holz Trocknung errichtet werden. Da die Holz Trocknung eine gewerbliche Nutzung ist, ist dafür ein Bebauungsplan erforderlich.

Der Gemeinderat hat deshalb am 28.01.2013 beschlossen, für das Plangebiet den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Bioenergie Erlenghau“ aufzustellen.

2. Ziel und Zweck der Planung

Der Vorhabenträger, Herr Manuel Fischbach, Gartenstraße 18 in 8433 Alberweiler, will zur besseren Nutzung erneuerbarer Energien die im Planbereich vorhandene Biogasanlage mit 0,18 MWel. und den vorhandenen Bullenstall um eine Holz Trocknungsanlage für ca. 4.000 m³ Holz/Jahr erweitern. Dazu soll ein Bebauungsplan mit ca. 1,4 ha aufgestellt werden.

Schon 2011 wurde ein Bebauungsplanverfahren zur Errichtung einer Biogasanlage und einer Holz Trocknungsanlage begonnen. Die Planfläche betrug damals ca. 1,1 ha. Auf Grund der eingegangenen Einwendungen und Bedenken gegen das Vorhaben und durch den engen zeitlichen Rahmen des geplanten Vorhabens wurde das Verfahren eingestellt und der Vorhabenträger entschied sich dafür, einen Bullenstall incl. Biogasanlage als privilegiertes Vorhaben zu bauen.

Nach Erstellung der Biogasanlage wurde mit zwei Investoren bezüglich des Baus einer Nahwärmeversorgung für das Baugebiet „Ghau“ Kontakt aufgenommen. Da die Anlage für eine Nahwärmeversorgung zu klein ist und der Wärmeverlust durch das lange Leitungsnetz zu groß wäre, wurde unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten von einer Nahwärmeversorgung abgesehen. Die Nutzung der Abwärme soll nun durch eine Holz Trocknungsanlage erfolgen.

Durch das Bebauungsplanverfahren soll eine langfristige Weiterentwicklung der Biogasanlage bis zu der Höchstgrenze, die der Gesetzgeber als Höchstgrenze einer privilegierten Biogasanlage in § 35 (1) BauGB vorgegeben hat, ebenfalls ermöglicht werden.

Für die Holz Trocknung wird unter der Ausnutzung der Abwärme ebenfalls eine Erweiterung der jetzt (2013) geplanten Anlage zugelassen.

Der Planbereich des Bebauungsplanes für die vorhandene Anlage und für die geplante Erweiterung umfasst insgesamt ca. 1,4 ha.

3. Planungskonzept

3.1 Vorhandene Anlage

Die bisherige Biogasanlage und der Bullenstall wurden nach § 35 BauGB als privilegierte Vorhaben errichtet. Die vorhandene Biogasanlage mit einer Leistung von 0,18 MWel. (dies entspricht einer Feuerungswärmeleistung von ca. 0,47 M_{FWL}) und der Bullenstall wurde am 11.08.2011 vom Landratsamt Biberach genehmigt.

Die vorhandene Anlage besteht aus einer Siloanlage, einer Vorgrube, einem Fermenter, einem Endlager, einem eingehausten Blockheizkraftwerk und einem Stallgebäude. Die vorhandene Biogasanlage wird mit Gülle, Mais, Grünroggen und Ganzpflanzensilage betrieben.

Ca. 85% der für die Produktion der Biomassensubstrate erforderlichen Flächen (erforderlich ca. 70 ha) befinden sich in einem Umkreis von ca. 3 km um den Anlagenstandort.

3.2 Plankonzept für die geplante Erweiterung 2013

Zur Nutzung der entstehenden Abwärme der vorhandenen Anlage soll eine Holz Trocknungsanlage (3-Containeranlage) errichtet werden.

Es ist eine Holz Trocknung von max. 4.000 m³/Jahr vorgesehen. Zur Beschickung und zur Abfuhr des Holzes sind ca. 80 Fuhren pro Jahr erforderlich. Die Zu- und die Abfuhr des Holzes erfolgt über öffentliche Straßen und über Weg 219/1 (asphaltiert), über Weg 173 (asphaltiert) und Weg 191 (gekiest).

3.3 Plankonzept für die gesamte zulässige Anlage

Im Plangebiet sind insgesamt Biogasanlagen nach heutigem Gesetzgebungsstand mit einer Erzeugung von 2,3 Mill. Normkubikmeter Biogas pro Jahr (ca. 0,6 MWel.) zulässig. Die Begrenzung der zulässigen Größen richtet sich nach § 35 (1) Nr. 6 (d) BauGB. Da sich die Leistungsfähigkeit der Blockheizkraftwerke zurzeit schnell weiterentwickelt, werden sich auch zukünftig die gesetzlichen Vorgaben für privilegierte Vorhaben an die technischen Entwicklungen anpassen und somit passt sich dann auch die zulässige Nenngröße des Bebauungsplanes an die technische Weiterentwicklung an.

Bei einer zukünftigen Erweiterung der Biogasanlage ist ab einem auf der Anlage vorhandenen Gasvolumen von ca. 7.700 m³ Biogas (= 10.000 kg hochentzündliche Gase) ein „Betriebsbereich“ im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Störfallverordnung vorhanden. Bei einer Ausnutzung der zulässigen Nenngröße nach § 35 BauGB ist das Entstehen des „Betriebsbereiches“ zu erwarten. Diese „Betriebsbereiche“ müssen ausreichende „Achtungsabstände“ zu ausschließlich oder überwiegend zum Wohnen dienenden Gebieten sowie zu sonstigen schutzbedürftigen Gebieten einhalten.

Der Bebauungsplanbereich hält einen Abstand von ca. 450 m bis zur vorhandenen Wohnbebauung in der „Oberen Ghaustraße“ ein.

Ohne Kenntnis der Anlage hat das Regierungspräsidium Tübingen in seiner Stellungnahme vom 21.03.2013 einen Achtungsabstand von 200 m um die Bebauungsgrenze angenommen. In den verbleibenden 250 m Abstand zwischen der vorhandenen Wohnbebauung und dem angenommenen Achtungsabstand ist eine weitere wohnbauliche Entwicklung nach Norden möglich.

Falls der vorläufig angenommene Achtungsabstand von 200 m durch eine Wohnbebauung unterschritten werden sollte, muss die Gemeinde einen präzisen Achtungsabstand durch einen Sachverständigen ermitteln lassen. Unabhängig davon wird das Regierungspräsidium Tübingen, falls die Biogasanlage die Größe überschreitet, für die eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erforderlich ist, im Zuge der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ein Abstandsgutachten einfordern.

Um die durch die Blockheizkraftwerke entstehende Abwärme zu nutzen, können endgültig insgesamt 8.000 m³ Holz pro Jahr getrocknet werden. Zur Beschickung und zur Abfuhr der 8.000 m³ Holz sind ca. 160 Fuhren pro Jahr erforderlich.

Weiterhin wird im Plangebiet auch eine Nutzung der Flächen durch landwirtschaftliche Gebäude ermöglicht.

Die Obergrenze der Grundflächenzahl nach § 17 (1) BauNVO (0,8) wird um 0,1 überschritten und nach § 17 (2) BauNVO auf 0,9 festgesetzt. Dadurch wird eine bessere Ausnutzung der Fläche und somit ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden ermöglicht. Zur Erreichung der Planziele wäre ansonsten eine größere Planfläche erforderlich, was städtebaulich nicht gewünscht wäre

Trotz der Überschreitung der Grundflächenzahl sind die Anforderungen an gesunde Arbeitsverhältnisse durch die ringsumliegenden Freiflächen gewährleistet.

Sonstige öffentliche Belange, die einer Erhöhung entgegenstehen, sind nicht bekannt.

4. Vorbereitende Bauleitplanung

Im rechtsgültigen Flächennutzungsplan ist die Planfläche als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen. Die Gemeinde wird die Ausweisung der Sondergebietsfläche bei der nächsten Anpassung des Flächennutzungsplanes übernehmen.

5. Plangebiet

Der räumliche Geltungsbereich (ca. 1,4 ha) umfasst Teilflächen der Flst. 193 und 194. Es handelt sich dabei ursprünglich (bis 2011) um intensiv genutzte Ackerflächen, die inzwischen größtenteils von einer Biogasanlage und einem Stallgebäude bestanden sind. Im nordöstlichen Planbereich befindet sich eine kleine Streuobstwiese.

Das vorhandene Gelände fällt mit ca. 1,5% nach Osten ab. Westlich grenzt auf Flst. 194/1 eine nicht als Biotop kartierte Feldhecke an das Plangebiet. Ansonsten liegt das Plangebiet innerhalb ausgeräumter landwirtschaftlicher Ackerflächen. Ca. 370 m westlich liegt ein Waldgebiet.

6. Bodenordnung

Der Vorhabenträger ist im Besitz der Flst. 193 und 194.

7. Umweltprüfung

Für den Bebauungsplan wird nach § 2 (4) BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden.

In einem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag wurden mögliche Eingriffe in das Schutzgut Tiere, insbesondere bezüglich der Feldlerche und bezüglich Heckenbewohnern, ermittelt und beurteilt.

Gleichzeitig beinhaltet der Umweltbericht die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung. Der Umweltbericht ist Teil der Begründung.

8. Erschließung

8.1 Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Feldwege Flst. 173 Weg und 191 Weg.

8.2 Ver- und Entsorgung

Das nicht behandlungsbedürftige Niederschlagswasser wird über Mulden versickert.

Das behandlungsbedürftige Niederschlagswasser aus dem Silo- und Umschlagsbereich wird getrennt behandelt. Über die Art der Behandlung wird im Rahmen der baurechtlichen immissionsrechtlichen Genehmigung entschieden.

Falls im Plangebiet häusliches Abwasser entsteht, wird dieses gesammelt und zur Kläranlage abgefahren.

Ein Frischwasseranschluss an das öffentliche Versorgungsnetz ist nicht vorgesehen. Für Brauchwasser hat der Vorhabenträger einen „Brunnen“ mit einer möglichen Entnahmemenge von ca. 5 l/sec. errichtet. Weiterhin besteht vor Ort eine Zisterne mit 10 m³ Inhalt.

Zur Sicherung des Feuerlöschbedarfes wird auf der östlich vom Plangebiet ca. 110 m entfernten Verbandsleitung (DN 150) ein Schacht mit einer Anschlussmöglichkeit für eine Löschwasserversorgung gesetzt. Wasserdruck und Wassermenge sind ausreichend.

Die Stromversorgung wird durch die EnBW gewährleistet.

9. Kosten, Durchführungsvertrag

Die mit der Realisierung des Bebauungsplanes verbundenen Kosten, insbesondere für die Erschließung des Plangebietes, sowie die Kosten für die erforderlichen Gutachten ebenso wie die Kosten für die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen für die Eingriffe in Natur und Landschaft werden entsprechend den vertraglichen Regelungen vom Vorhabenträger übernommen.

Die Verpflichtungen des Vorhabenträgers werden in einem Durchführungsvertrag festgelegt, der vor dem Satzungsbeschluss abgeschlossen wird.

B.) Umweltbericht

1. Einleitung

1.1 Kurzdarstellung der Ziele und Inhalte des Bebauungsplanes

Ein Vorhabenträger will bei einer vorhandenen landwirtschaftlichen privilegierten Biogasanlage und bei einem vorhandenen landwirtschaftlichen privilegierten Bullenstall eine Holztrochnungsanlage zur Nutzung der Abwärme der vorhandenen Biogasanlage errichten. Da die Holztrochnung eine gewerbliche Nutzung ist, ist dafür ein Bebauungsplan erforderlich.

Insgesamt werden durch den Bebauungsplan mit nach heutigem Gesetzgebungsstand Biogasanlagen mit max. 2,3 Mill. Normkubikmeter Biogas pro Jahr zugelassen. Zusätzlich werden zur Nutzung der Abwärme Holztrochnungsanlagen für max. 8.000 m³ Holz pro Jahr zugelassen. Vorerst ist aber eine Anlage mit max. 4.000 m² Holz pro Jahr vorgesehen.

Weiterhin wird eine Nutzung des Plangebietes für landwirtschaftliche Anlagen ermöglicht. Dazu wird ein Bebauungsplan mit ca. 1,4 ha aufgestellt. Die Planfläche wurde ursprünglich ackerbaulich genutzt, ab 2011 wurden aber auf der Fläche eine privilegierte Biogasanlage und ein Bullenstall errichtet.

Das nicht behandlungsbedürftige Niederschlagswasser wird über Mulden versickert. Über die Beseitigung von behandlungsbedürftigem Niederschlagswasser wird im Zuge einzelner Genehmigungen entschieden.

1.2 Umweltschutzziele aus Fachgesetzen und Fachplanungen

Neben den allgemeinen gesetzlichen Grundlagen wie den Naturschutzgesetzen, dem Bundes-Bodenschutzgesetz, dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und den Wassergesetzen ist besonders das Baugesetzbuch und hier die Umweltbelange nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1a zu berücksichtigen. Auch sind die artenschutzrechtlichen Vorschriften des § 44 Bundesnaturschutzgesetz zu beachten.

Im Regionalplan 1987 „Donau-Iller“ liegen für das Plangebiet keine konkreten Vorgaben vor. Südöstlich vom Plangebiet sind Vorrangbereiche für Kies- und Sandabbau vorgesehen.

Der Planbereich ist im rechtsgültigen Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen. Ein Landschaftsplan zum Flächennutzungsplan ist nicht vorhanden.

Das nächstgelegene FFH-Gebiet (Nr. 7824 341, Wälder bei Biberach) liegt ca. 2,5 km süd-östlich vom Planbereich. Das Naturschutzgebiet „Gedüngtes Ried“ (Nr. 4122) liegt ca. 5 km nördlich des Planbereiches. Weitere Schutzgebiete liegen in größerer Entfernung.

2. Bestandsaufnahmen, Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkung, einschl. Prognose bei Durchführung der Planung

Als Bestand wird die Nutzung mit vorhandener, genehmigter Biogasanlage und dem genehmigten Stallgebäude, zurzeit im Bau, angenommen. Diese Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sind bereits zulässig und vorhanden. Sie sind Grundlage des beschriebenen Bestandes. Die betriebsbedingten Auswirkungen können nur für die bisher erstellte Biogasanlage (0,18 MWel.) und für die max. zulässige Holz Trocknung (8000m³/Jahr) ermittelt werden. Bei einer zulässigen Kapazitätserhöhung der Biogasanlage auf ca. 0,6 MWel. müssen die betriebsbedingten Auswirkungen insbesondere auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt“ dann im Zuge einer immissionsschutzrechtlichen bzw. baurechtlichen Genehmigung überprüft werden. Es ist dann nachzuweisen ob für die Kapazitätserhöhung genügend geeignete Flächen für Energiepflanzen zur Verfügung stehen ohne dass Grünlandumbruch stattfindet oder besondere Artenvorkommen erheblich beeinträchtigt werden.

Schutzgut	Beschreibung des Bestandes	Umweltauswirkungen durch den Bau, die Anlage und den Betrieb des gepl. Vorhabens	Bewertung der Erheblichkeit
Mensch	<ul style="list-style-type: none"> - Vorhandene, landwirtschaftlich intensiv genutzte Ackerflur ca. 500 m nordwestlich von Alberweiler auf einer Hochterrasse ca. 25 m oberhalb dem Mühlbachtal. Am westlichen Rand des Planbereiches befindet sich als einzig landschaftlich gliederndes Element eine ca. 200 m lange, in Nordsüdrichtung verlaufende Feldhecke. In der Nord-Ost-Ecke des Planbereiches liegt zwischen der Feldhecke und einem vorhandenen Blockheizkraftwerkgebäude eine 10 m lange und 35 m breite einreihige Obstbaumreihe. Ca. 370 m westlich liegt ein größerer Fichtenwald, der das Plangebiet von Südwest bis Nordwest landschaftlich einbindet. Nach Nordosten und nach Südwesten hin mittlere Aussichtslage. - Die Flächen besitzen nur einen geringen Strukturreichtum, trotzdem haben sie für die Naherholung durch den vorhandenen, von der 	Baubedingte Auswirkungen: - Erhöhte Lärm- und Staubbelastung während der Bauphase.	gering
		Anlagebedingte Auswirkungen: - Veränderung des Landschaftsbildes durch die geplante Bebauung. - Beibehaltung von Naherholungswegen.	gering keine negativen Umweltauswirkungen zu erwarten
		Betriebsbedingte Auswirkungen: - Durch Lieferverkehr Lärmbelastungen entlang der Zufahrtswege. Ca. 62% der Produktionsflächen für den Bedarf der jetzigen Biogasanlage liegen zwischen Alberweiler und Grafenwald. Ca. 24% der Produktionsflächen liegen nördlich von Grafenwald bzw. südlich bis südöst-	mittel

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Bioenergie Erlenghau“

Begründung und Umweltbericht zum Bebauungsplan / Begründung zu den örtl. Bauvorschriften vom 28.08.2013

Schutzgut	Beschreibung des Bestandes	Umweltauswirkungen durch den Bau, die Anlage und den Betrieb des gepl. Vorhabens	Bewertung der Erheblichkeit
	<p>Ortslage abgehenden asphaltierten Weg (Flst. 173) eine mittlere Bedeutung.</p> <p>- Vorhandene mittlere Vorlastung mit Immissionen (Lärm, Geruch, Staub) durch landwirtschaftliche intensive Nutzungen und durch die vorhandene Biogasanlage.</p>	<p>lich von Alberweiler. Ca. 14% der Biomasse wird zugeliefert. Geschätztes Verkehrsaufkommen pro Jahr über Alberweiler bzw. über Grafenwald bei der bisher erstellten Biogasanlage (ca. 0,18MWel.) insgesamt ca. 51 Fuhren pro Jahr und bei der aktuell geplanten Holztrochnungsanlage (4.000m³ Holz/Jahr) ca. 80 Fuhren pro Jahr. Für die insgesamt zulässige Biogasanlage (ca. 0,6MWel.) werden insgesamt ca. 153 Fuhren pro Jahr und für die Holztrochnung (8.000m³ Holz/Jahr) ca. 160 Fuhren pro Jahr hochgerechnet. Auf die Anlage 4 zum Umweltbericht wird verwiesen. Gleichzeitig ist aber auch eine Reduktion des Verkehrsaufkommens durch den durch die Energiepflanzenproduktion entfallenden landwirtschaftlichen Verkehr zu beachten.</p> <p>- Die Anschnittflächen der Fahrsilos sind vorhandene Geruchsquellen. Durch eine überschlägige Berechnung vom RP Tübingen wurde aber errechnet, dass die Geruchswerte in naheliegenden Wohngebieten eingehalten werden. Durch die Aufbereitung von Gülle in der Biogasanlage werden die Geruchsemissionen im Vergleich zu einer direkten Ausbringung der Gülle vermindert.</p> <p>- Mögliche Belastungen durch Schall, Geruch, Lärm und Achtungsabstände nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz werden bei einer geplanten Erweiterung der Anlage im erforderlichen Umfang durch entsprechende Gutachten nachgewiesen.</p> <p>- Auswirkung auf Klima durch Nutzung von regenerativen Energien.</p>	<p>gering</p> <p>mittel</p> <p>positive Umweltauswirkungen zu erwarten</p>
Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	<p>- Vorhandene Flächen der Biogasanlage mit geringer Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt.</p> <p>- Geplante Flächen für die Erweiterung südlich der vorhandenen Anlage als intensivst genutzte Ackerflächen mit geringer Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt.</p>	<p>Baubedingte Auswirkungen:</p> <p>- Erhöhte Lärm- und Staubbelastung während der Bauphase.</p> <p>- Verdichtung der Böden.</p> <p>Anlagebedingte Auswirkungen:</p> <p>- Flächeninanspruchnahme durch Versie-</p>	<p>gering</p> <p>gering</p> <p>gering</p>

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Bioenergie Erlenghau“

Begründung und Umweltbericht zum Bebauungsplan / Begründung zu den örtl. Bauvorschriften vom 28.08.2013

Schutzgut	Beschreibung des Bestandes	Umweltauswirkungen durch den Bau, die Anlage und den Betrieb des gepl. Vorhabens	Bewertung der Erheblichkeit
	<ul style="list-style-type: none"> - FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete sind nicht betroffen. Die Entfernung vom nächstgelegenen FFH-Gebiet „Wälder bei Biberach“ (Nr. 7824341) beträgt ca. 2,5 km und die Entfernung zum Naturschutzgebiet „Gedüngtes Ried“ bei Ingerkingen (Nr. 4122) beträgt ca. 5 km. Sonstige FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete und Naturschutzgebiete liegen in größerer Entfernung. Die vorhandene, östlich angrenzende Feldhecke ist, obwohl nicht kartiert, als ein § 32-Biotop einzustufen. - Bei einer Betroffenheit von geschützten Arten und deren Lebensstätten sind die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 44 ff. BNatSchG) über die Zulässigkeit und die Durchführung von eventuellen Eingriffen anzuwenden. In den Jahren 2011 und 2013 wurden deshalb artenschutzfachliche Relevanz-Begehungen durchgeführt. Ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag liegt als Anlage dem Umweltbericht bei. Die Errichtung einer Holz Trocknungsanlage kann aus artenschutzrechtlicher Sicht zugelassen werden. Die Biogasanlage ist bereits vorhanden (Bestand). Die bestehende Biogasanlage ist artenschutzrechtlich deshalb nicht relevant. Bei den im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag aufgeführten potentiellen Ausgleichsmaßnahmen für die Feldlerche handelt es sich nur um allgemeine Vorschläge für potentielle Ausgleichsmaßnahmen, die bei der bestehenden Anlage aber nicht erforderlich sind. Bei einer möglichen Erweiterung der Biogasanlage ist der Artenschutz mit eventuell erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen dann erneut zu prüfen. Es wird auf die Ausführungen im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag hingewiesen (Anlage 1 zum Umweltbericht). 	<p>gelung und Überbauung, Veränderung des Bodens, des Wasserhaushaltes sowie der klimatischen Verhältnisse.</p> <p>Betriebsbedingte Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gefahr des Umbruchs von Grünlandflächen in Ackerflächen (Substratanbauflächen) im Bereich von grundwassernahen Böden, auf Moorböden, innerhalb von Gewässerrandstreifen und in Landschaftsschutzgebieten. <p>Die vorhandene Anlage wird zurzeit mit ca. 45% Gewichtsprozent Gülle ca. 42% Gewichtsprozent Mais ca. 18% Gewichtsprozent Ganzpflanzensilage betrieben. Der Anbau der dafür erforderlichen Energiepflanzen erfolgt auf ca. 70 ha schon vorhandenen Ackerflächen. Ca. 85% der Energiepflanzen werden vom Vorhabenträger selbst angebaut. Der vom Vorhabenträger für den Betrieb der Anlage erforderlichen Energiepflanzen werden in einem Umkreis von ca. 3 km um die vorhandene Anlage angebaut. Innerhalb dieses Umkreises sind keine größeren Moorbodenvorkommen bekannt. Das nächste Landschaftsschutzgebiet liegt ca. 4 km von der Anlage entfernt. Weiterhin ist ein Umbruch von Dauergrünland gesetzlich verboten. Dem Vorhabenträger sind die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften insbesondere die gute fachliche Praxis nach § 5 (2) BNatSchG bekannt. Ein zusätzlicher Umbruch von Grünlandflächen zu Ackerflächen bei Betrieb der bisherigen Anlage kann deshalb nahezu ausgeschlossen werden. Bei einer eventuellen Erweiterung der Biogasanlage gelten dann die zum Zeitpunkt der Genehmigung bzw. des Betriebes der Anlage geltenden Rechtsvorschriften (z.B. das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Bundesnaturschutzgesetz). Die betriebsbedingten Auswirkungen werden dann im Zuge einer Genehmigung geprüft. Durch die nun vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen werden zusätzlich ca. 1,9 ha Ackerfläche in Grünland umgewandelt.</p>	gering

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Bioenergie Erlenghau“

Begründung und Umweltbericht zum Bebauungsplan / Begründung zu den örtl. Bauvorschriften vom 28.08.2013

Schutzgut	Beschreibung des Bestandes	Umweltauswirkungen durch den Bau, die Anlage und den Betrieb des gepl. Vorhabens	Bewertung der Erheblichkeit
Boden:	<ul style="list-style-type: none"> - Nach der Bodenkarte von Baden-Württemberg (M.-1:25.000) Pseudogley, Parabraunerde-Pseudogley, lehmiger Schluff über schluffigem Lehm sowie schluffiger Lehm über schluffig-tonigem Lehm. - Ebener Boden für Ackerbau, mittlere Eignung. - Fläche durch Nutzung als ehemalige Ackerfläche belastet durch Düngung und Pflanzenschutzmittel, durch Bodenbearbeitung (Umpflügen) und durch Befahren mit landwirtschaftlichen Maschinen (Verdichtung). - Standort für die natürliche Vegetation (Bedeutung für schutzwürdige Pflanzen), geringe bis mittlere Bewertungsklasse. - Standort für Kulturpflanzen (natürliche Bodenfruchtbarkeit), mittlere Bewertungsklasse. - Ausgleichskörper im Wasserkreislauf (Aufnahme von Niederschlagswasser bzw. Abflussverzögerung bzw. Verminderung), geringe bis mittlere Bewertungsklasse. - Filter und Puffer für Schadstoffe, hohe Bewertungsklasse. - Gesamtbewertung: 2,0 bzw. 2,33 (mögliche Wertstufen Skala von 0,0 bis 4,0). 	<p>Baubedingte Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Belastung durch Baustellenverkehr, Aushub, Umlagerung, Verdichtung, Lagerung von Baumaterial. 	mittel
		<p>Anlagebedingte Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Versiegelung, Verdichtung und Überformung bei geplanter Erweiterung der Anlagen. Insgesamt ist durch den Bebauungsplan eine Versiegelung von ca. 1,2 ha möglich. 	hoch
		<p>Betriebsbedingte Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gefahr der Erhöhung des Maisanteiles in der Fruchtfolge auf den zusätzlichen Substratanbauflächen bei einer Erweiterung der Anlage, dadurch erhöhte Ausbreitungsgefahr von Maisschädlingen (Bekämpfung mit Pflanzenschutzmitteln) und erhöhter Humusabbau möglich. Die Fruchtfolgen werden auch bei einer Erweiterung der Anlage weiterhin nach den Grundsätzen der guten landwirtschaftlichen Praxis dem Standort angepasst und auf nachhaltige Bodenfruchtbarkeit festgelegt. Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und deren Dokumentation erfolgt ebenso weiterhin entsprechend dem landwirtschaftlichen Fachrecht. 	mittel
Wasser	<ul style="list-style-type: none"> - Fläche für Grundwasserneubildung, geringe bis mittlere Bedeutung. - Keine Wasserschutzgebiete und Überschwemmungsgebiete betroffen. 	<p>Baubedingte Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es sind keine nennenswerten baubedingten Auswirkungen zu erwarten. 	gering
		<p>Anlagebedingte Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einschränkung der Grundwasserneubildungsrate durch Versiegelung. Unverschmutztes Regenwasser wird soweit wie möglich versickert. 	gering
		<ul style="list-style-type: none"> - Verlust von Verdunstungsflächen durch Versiegelung. 	gering

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Bioenergie Erlenghau“

Begründung und Umweltbericht zum Bebauungsplan / Begründung zu den örtl. Bauvorschriften vom 28.08.2013

Schutzgut	Beschreibung des Bestandes	Umweltauswirkungen durch den Bau, die Anlage und den Betrieb des gepl. Vorhabens	Bewertung der Erheblichkeit
		Betriebsbedingte Auswirkungen: - Im Zuge der jeweiligen einzelnen Genehmigungen der Anlage wird über die Behandlung von belastetem Niederschlagswasser aus dem Silo- und Umschlagsbereich entschieden.	gering
Klima / Luft	- Vorh. Immission (Lärm, Staub, Gerüche) durch vorhandene landwirtschaftliche Betriebsvorgänge, durch den vorhandenen Bullenstall und durch die vorhandene Biogasanlage. - Kaltluftentstehungsgebiet mit Kaltluftabfluss in Richtung Ost.	Baubedingte Auswirkungen: - Erhöhte Lärm- und Staubbelastung während der Bauphase.	gering
		Anlagebedingte Auswirkungen: - Verlust von klimawirksamen Freiflächen und Verdunstungsflächen durch Versiegelung. - Erhöhung der Lufttemperatur durch Abstrahlung ohne relevante Auswirkungen für die Ortslage.	gering
		Betriebsbedingte Auswirkungen: - Herstellung und Nutzung von erneuerbaren Energien im Interesse des Klimaschutzes. - Ausstoß von klimaschädlichen Abgasen bei der Produktion von Biomasse-Substrat und beim Andienungsverkehr.	positive Umweltauswirkungen zu erwarten.
			mittel
Landschaft	- Das Plangebiet liegt auf einer strukturarmen, landwirtschaftlich intensiv genutzten ebenen Hochterrasse nördlich oberhalb von Alberweiler. In den letzten Jahren wurde im Plangebiet bereits eine Biogasanlage erstellt und ein genehmigter Bullenstall ist zurzeit in der Erstellung. Weiterhin sind südöstlich der Anlage bereits genehmigte aber noch nicht im Abbau befindliche Kiesabbauflächen bzw. die Flächen sind im Regionalplan als Kiesabbauflächen vorgesehen. Der Standort ist deshalb vorbelastet. Westlich und nordwestlich begrenzt ein Fichtenwald den Horizont. Von Norden her ist eine Einsehbarkeit vom Weiler Grafenwald gegeben. Direkt östlich an das Plangebiet angrenzend verläuft eine Feldhecke in Richtung Südost. Nach Nordosten und nach Südwesten hin durch abfallendes Gelände mittlere Aussichtslage. - Vorhandene Vorbelastung des Gebietes durch bestehende Biogasanlage und bestehenden	Baubedingte Auswirkungen: - Es sind keine nennenswerten baubedingten Auswirkungen zu erwarten. Anlagebedingte Auswirkungen: - Veränderung des Landschaftsbildes durch geplante Anlagenerweiterung. Vorhandene Eingrünung im Osten durch Feldhecke und im Westen durch den vorhandenen Wald in ca. 370 m Entfernung. Im Süden geplante Eingrünung durch eine Streuobstwiese. Eine Eingrünung im Norden ist durch die vorhandene genehmigte und in großen Teilen schon erstellte Anlage nur im eingeschränkten Umfang möglich. Die Restfläche zwischen Biogasanlage und Feldweg wird durch vorhandene unterirdische Gülle- und Gasleitungen weiter eingeschränkt. Eine nördliche Eingrünung konnte durch die Gegebenheiten deshalb nur im eingeschränkten Umfang festge-	gering mittel

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Bioenergie Erlenghau“*Begründung und Umweltbericht zum Bebauungsplan / Begründung zu den örtl. Bauvorschriften vom 28.08.2013*

Schutzgut	Beschreibung des Bestandes	Umweltauswirkungen durch den Bau, die Anlage und den Betrieb des gepl. Vorhabens	Bewertung der Erheblichkeit
	<p>Bullenstall.</p> <p>- Landschaftsschutzgebiete und Naturdenkmale sind keine betroffen. Das nächstgelegene Landschaftsschutzgebiet ist ein Baumbestand bei Warthausen in ca. 4 km Entfernung.</p>	<p>setzt werden.</p> <p>- Verlust von unverbauter Landschaft.</p> <p>Betriebsbedingte Auswirkungen:</p> <p>- Gefahr der Erhöhung des Maisanteiles in der Fruchtfolge auf den zusätzlichen Substratanbauflächen bei einer Vergrößerung der vorhandenen Biogasanlage, dadurch mögliche negative Veränderung des Landschaftsbildes. Da die Fruchtfolgen nach den Grundsätzen der guten landwirtschaftlichen Praxis dem Standort angepasst und auf nachhaltige Bodenfruchtbarkeit eingehalten werden müssen, ist eine Veränderung des Landschaftsbildes nur auf den zusätzlichen Flächen und nur im eingeschränkten Umfang zu erwarten. Die Prüfung der betriebsbedingten Auswirkungen wird dann im Zuge einer Genehmigung geprüft.</p>	<p>mittel</p> <p>mittel</p>
Kultur- und Sachgüter	<p>- Kulturgüter sind keine bekannt.</p> <p>- Sachgut sind die vorhandene Biogasanlage und der vorhandene Bullenstall.</p>	<p>Baubedingte Auswirkungen:</p> <p>- Es sind keine nennenswerten baubedingten Auswirkungen zu erwarten.</p> <p>Anlagebedingte und betriebsbedingte Auswirkungen:</p> <p>- Die vorhandene Biogasanlage wird einer besseren Nutzung zugeführt.</p>	<p>gering</p> <p>positive Umweltauswirkungen zu erwarten.</p>
Wechselwirkung zwischen den Schutzgütern	<p>Erhebliche Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern sind nicht bekannt.</p>	<p>Baubedingte, anlagenbedingte und betriebsbedingte Auswirkungen:</p> <p>- Erhebliche negative Auswirkungen durch Wechselwirkungen sind nicht zu erwarten.</p>	<p>keine negativen Umweltauswirkungen zu erwarten</p>

3. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung wird die südliche Teilfläche des Bebauungsplanes weiterhin landwirtschaftlich genutzt. Es sind hier kurzfristig keine Änderungen des Umweltzustandes zu erwarten. Der Vorhabenträger kann ohne eine planungsrechtliche Genehmigung durch einen Bebauungsplan die Abwärme seiner Biogasanlage nicht nutzen. Ein positiver Beitrag zum Klimaschutz durch erneuerbare Energien kann nicht erbracht werden. Ohne den Bebauungsplan ist eine Erweiterung der vorhandenen Biogasanlage als privilegiertes Vorhaben nach § 35 BauGB nicht auszuschließen.

4. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich, bezogen auf die verschiedenen Schutzgüter

Schutzgut Mensch:

- Eingrünung des Sondergebietes nach Süden,
- Festsetzungen zur Höhe und zum Maß und zur Gestaltung der baulichen Anlagen,
- Erhaltung vorhandener Wegverbindungen,
- Aufwertung von Flächen für die Erholungsfunktion durch Ersatzmaßnahmen.

Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt:

- Aufwertung von Flächen durch die Anlage einer Streuobstwiese und durch die Umwandlung von Ackerflächen in Wiesen als Ersatzmaßnahmen,
- Aufwertung der intensiv landwirtschaftlich genutzten Feldflur durch die Eingrünung des Plangebietes südlich außerhalb des Planbereiches mit einer Streuobstwiese,
- Festsetzungen zum Bodenschutz.

Schutzgut Boden:

- Flächensparendes Bauen durch die Ausweisung einer Grundflächenzahl von 0,9,
- Unbeschichtete Kupfer-, Zink- und Bleieindeckungen sind unzulässig,
- Schutz des Bodens durch Bodenschutzfestsetzungen,
- Rekultivierung des Bodens nach Fertigstellung der Baumaßnahmen,
- Begrenzung der Aufschüttungen und Abgrabungen in den Festsetzungen,
- Geplante Verwendung des Bodenaushubes im Plangebiet,
- Geplante Rückhaltung des Regenwassers in Erdbecken,
- Bodenschonende Bewirtschaftung durch geplante Ersatzmaßnahmen,
- Eine vollständige Kompensation des Eingriffes ist nicht möglich.

Schutzgut Wasser:

- Versickerung von unbelastetem Niederschlagswasser,
- Erhöhung der Verdunstung auf den Flächen der Ersatzmaßnahmen.

Schutzgut Klima / Luft:

- Klimawirksame Regenwasserrückhaltung,
- Klimawirksame Ersatzmaßnahmen,
- Nachhaltige Energieversorgung zum Klimaschutz unter Schonung von fossilen Energieressourcen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz,

Schutzgut Landschaft:

- Südliche Eingrünung des Plangebietes außerhalb des Planbereiches durch eine Streuobstwiese,
- Vorgaben für landschaftsangepasste Gebäudeaußenflächen,
- Beschränkungen der maximalen Anlagenhöhen,
- Aufwertung der Landschaft durch Ersatzmaßnahmen,
- Nördliche Eingrünung durch ein Pflanzgebot für einen großkronigen Laubbaum und durch ein Baumerhaltungsgebot.

Schutzgut Kultur- und Sachgüter:

- Das Sachgut Biogasanlage wird einer besseren Nutzung zugeführt.

Schutzgut Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

5. Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Eine Standortdiskussion der Biogasanlage wurde bereits im Zuge eines 2011 begonnenen und wiederingestellten Bebauungsplanverfahrens und im Zuge der Genehmigung der nun als privilegiertes Vorhaben erstellten Anlage durchgeführt. Der Standort wurde als geeignetster erachtet weil:

- Der Standort relativ mittig der vorhandenen Produktionsflächen liegt und deshalb relativ wenig Andienungsverkehr verursacht.
 - Die Standortverhältnisse zur südlichen Wohnbebauung einen ausreichenden Abstand (ca. 450 m) einhalten und gleichzeitig ist bei einer Erweiterung der Anlage durch den Abstand eine Nahwärmeversorgung des Wohngebietes nicht ausgeschlossen.
-

- Der Standort liegt nördlich des Wohngebietes und somit außerhalb der Hauptwindrichtung.
- Ein weiterer diskutierter alternativ Standort in Richtung Südosten, mehr zu den im FNP ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen und zu den vorhandenen Kiesabbauflächen, scheidet aus da die Flächen bis zu den Feldwegen 219/1 und 173 bereits genehmigte Kiesabbauflächen sind bzw. im Regionalplan als Vorrangbereiche für Kies- und Sandabbau ausgewiesen sind.

Die Biogasanlage wurde deshalb am jetzigen Standort 2011 vom Landratsamt genehmigt. Eine Erweiterung der Anlage ist nur an deren vorhandenen Standort sinnvoll. Andere besser geeignete Standortalternativen sind nicht vorhanden.

Raumordnerische Bedenken vom RP Tübingen (Raumordnungsbehörde) konnten bei einem Ortstermin im August 2013 ebenfalls ausgeräumt werden.

6. Zusätzliche Angaben

6.1 Beschreibung der Methodik und Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Es wurde eine Kartierung der Nutzungsstrukturen und der örtlichen Verhältnisse durchgeführt. Um Aussagen zum Artenschutz (§ 44 BNatSchG) zu erhalten, wurden durch ein Fachbüro zwei Relevanzbegehungen durchgeführt und die Ergebnisse in einem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag zusammengefasst.

Die Einschätzungen zum Schutzgut Boden basieren auf der Bodenkarte von Baden-Württemberg M.-1:25 000, auf der ökologischen Standorteignungskarte für den Landbau in Baden-Württemberg M.-1:250.000 und den Bodendaten, hrsg. vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau. Informationen über Schutzgebiete wurden über den Internet-Daten- und Kartendienst der LUBW eingesehen. Es wurde der Flächennutzungsplan eingesehen sowie Angaben der Fachbehörden verwendet. Die verwendeten Daten stellen den derzeitigen Kenntnisstand der Gemeinde dar.

Die Bewertung des Bestandes erfolgte qualitativ an Hand von Einschätzungen. Die Beurteilung der Umweltauswirkungen erfolgt verbal argumentativ. Dabei werden drei Erheblichkeitsstufen der Umweltauswirkungen unterschieden. Die Beurteilung der betriebsbedingten Auswirkung bei einer Vergrößerung der Biogasanlage im Hinblick auf die dann erforderlichen Flächen für Energiepflanzen kann erst im Zuge der geplanten Vergrößerung bei Kenntnis der dann vorhandenen Flächen durchgeführt werden.

Die Eingriffs-/Ausgleichsbilanz wurde nach dem Bewertungsschema der Ökokontoverordnung durchgeführt.

Schwierigkeiten hat es bei der Zusammenstellung der Angaben nicht gegeben.

6.2 Beschreibung der Überwachungsmaßnahmen

Vorhergesehene erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut „Boden“ und die unvorhergesehenen Auswirkungen auf potentiell betroffene Schutzgüter und die Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgüter werden ebenso wie die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen von der Bauverwaltung im Zuge der Baugenehmigung überwacht (§ 4c BauGB).

Auch bei der Erstellung der baulichen Anlagen wird die Gemeinde und das Landratsamt zusätzlich durch Ortsbesichtigungen die Auswirkungen auf die Schutzgüter überprüfen.

Die Gemeinde wird weiterhin die Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes regelmäßig überprüfen. Zusätzlich findet eine Überwachung durch die Fachbehörden entsprechend den Umweltgesetzen und § 4 (3) BauGB statt.

7. Zusammenfassung

Durch den Bebauungsplan werden die Voraussetzungen geschaffen, um bei einer vorhandenen Biogasanlage zur Nutzung der Abwärme eine Anlage zur Holz Trocknung zu errichten.

Der Planbereich umfasst ca. 1,4 ha.

Durch ein Fachgutachten wurden die Auswirkungen des Vorhabens auf die Vögel des Offenlandes und der östlich angrenzenden Hecke untersucht und in einem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag dargelegt. Die Einrichtung einer Holz Trocknungsanlage kann aus artenschutzrechtlicher Sicht zugelassen werden. Die Biogasanlage ist bereits vorhanden und deshalb artenschutzrechtlich nicht relevant. Bei einer Erweiterung der Anlage ist eine artenschutzrechtliche Prüfung erneut erforderlich.

Erhebliche Umweltauswirkungen ergeben sich aber durch die Versiegelung, die Verdichtung und die Überformung des Bodens. Verschiedene Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen in Bezug auf die Sachgüter werden dargestellt. Eine vollständige Kompensation der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Boden ist aber nicht möglich.

Ein anderweitiger Standort für die geplante Anlage ist nicht sinnvoll. Um die Eingriffe in die Schutzgüter vollständig zu vermeiden, müsste auf den Bau und den Betrieb der Anlagen verzichtet werden.

Der Eingriff in Natur und Landschaft am geplanten Standort wird mittels einer Eingriffs-/Ausgleichsbilanz nach der Ökokontoverordnung bewertet. Zwei Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Standortes werden vorgeschlagen und ebenfalls bewertet.

Die Fachbehörden und die Gemeindeverwaltung werden die vorhergesehenen und auch die unvorhergesehenen Auswirkungen der Planung überwachen (§ 4c BauGB).

C.) Begründung zu den örtlichen Bauvorschriften

Das geplante Sondergebiet ist teilweise von Süden her einsehbar. Deshalb werden baugestalterische Festsetzungen zu der äußeren Gestaltung baulicher Anlagen getroffen.

Des Weiteren werden örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung von Werbeanlagen und zu Aufschüttungen und Abgrabungen und zur Gestaltung von Einfriedungen getroffen.

Zur Schonung des Wasserhaushaltes und entsprechend dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Wassergesetz muss das nicht behandlungsbedürftige Niederschlagswasser versickert werden.